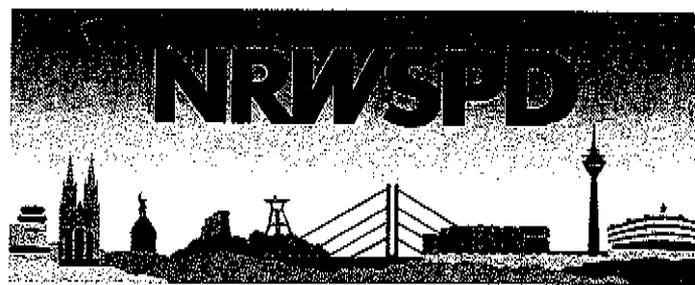


**Außerordentlicher Parteitag.
03. Februar 1990.**



Siegerlandhalle, Siegen.

Protokoll

**Wir in Nordrhein-Westfalen:
Wir werden wieder Nr. 1!**

Eröffnung und Begrüßung

Der stellvertretende Landesvorsitzende Christoph Zöpel eröffnete den außerordentlichen Landesparteitag und begrüßte die Anwesenden.

Konstituierung

Es wurden vorgeschlagen und gewählt bzw. bestätigt:

Wahl des Präsidiums

Anke Brunn	Bezirk Mittelrhein
Hermann Heinemann	Bezirk Westliches Westfalen
Antje Huber	Landesvorstand
Werner Kanne	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Walter Nienhagen	Unterbezirk Siegen
Regina Schmidt-Zadel	Bezirk Niederrhein

Wahl der Mandatsprüfungskommission

Berthold Boden	Bezirk Westliches Westfalen
Ulrich Everding	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Ferdi Franke	Kontrollkommission
Hanna Kästner	Bezirk Mittelrhein
Elisabeth Krumbein	Bezirk Niederrhein
Wilfried Mittelberg	Kontrollkommission
Herbert Nilges	Kontrollkommission
Erwin Stahl	Kontrollkommission
Rainer Verhoeven	Kontrollkommission

Wahl der Zählkommission

Manfred Heldt	Bezirk Niederrhein
Ferdi Franke	Kontrollkommission
Ralf Josten	Bezirk Niederrhein
Marianne Kerner	Bezirk Mittelrhein
Brigitta Kraft	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Manfred Lucas	Bezirk Mittelrhein
Ursula Metz	Bezirk Westliches Westfalen
Wilfried Mittelberg	Kontrollkommission
Renate Riesel	Bezirk Westliches Westfalen
Herbert Nilges	Kontrollkommission
Erwin Stahl	Kontrollkommission
Rainer Verhoeven	Kontrollkommission

Bestätigung der Antragskommission

Franz-Josef Antwerpes	Bezirk Mittelrhein
Gabriele Behler	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Gerhard Benner	Bezirk Westliches Westfalen
Heidi Berger	Bezirk Niederrhein
Jürgen Büssow	Bezirk Niederrhein
Stefan Frechen	Bezirk Mittelrhein
Reinhard Grätz	Landesvorstand
Ulrike Merten	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Franz Müntefering	Bezirk Westliches Westfalen
Marita Rauterkus	Bezirk Mittelrhein
Ilse Ridder-Melchers	Landesvorstand
Robert Schumacher	Bezirk Niederrhein
Angelica Schwall-Düren	Bezirk Westliches Westfalen
Horst Steinkühler	Bezirk Ostwestfalen-Lippe
Christoph Zöpel (Vors.)	Landesvorstand

Beschlußfassung über

a) Tagesordnung

b) Geschäftsordnung

Tages- und Geschäftsordnung wurden wie folgt angenommen:

Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung durch Christoph Zöpel
2. Konstituierung des außerordentlichen Landesparteitages
 - a) Wahl des Präsidiums
 - b) Wahl der Mandatsprüfungskommission
 - c) Wahl der Zählkommission
 - d) Bestätigung der Antragskommission
3. Beschlußfassung über
 - a) Tagesordnung
 - b) Geschäftsordnung
4. Bericht der Mandatsprüfungskommission
5. Beratung und Beschlußfassung über das Landtagswahlprogramm und die vorliegenden Anträge
6. Schlußwort.

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Mitglieder sind die in den Bezirken beziehungsweise Unterbezirken gewählten Delegierten und die Mitglieder des Landesvorstandes.
2. Der Landesparteitag ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sind.
3. Die Beschlüsse des Landesparteitages werden mit einfacher Mehrheit gefaßt.
4. Zum Landtagswahlprogramm fristgerecht eingereichte Anträge von Organisationsgliederungen und Delegierten sowie Anträge von Bezirksparteitagen werden vom Landesparteitag behandelt. Antragsfristen waren der 24.01.1990 (Posteingang: 25.01.1990) und 01.02.1990 per Adresse Landesbüro. Antragsschluß für Initiativanträge zum Landtagswahlprogramm ist der 03. Februar 1990, 12.00 Uhr. Alle übrigen Initiativanträge zum Landesparteitag bedürfen der Unterstützung von 30 Delegierten aus zwei Bezirken. Auch für diese Initiativanträge ist der 03. Februar 1990, 12.00 Uhr, Antragsschluß.
5. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt fünf Minuten.
6. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldung das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
7. Berichterstatter/innen können außerhalb der Reihenfolge der Wortmeldungen das Wort erhalten.
8. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außerhalb der Reihenfolge der Diskussionsredner/innen das Wort. Die Redezeit in Geschäftsordnungsdebatten beträgt fünf Minuten.
9. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je einem Redner/einer Rednerin Gelegenheit gegeben worden ist, für oder gegen den Antrag zu sprechen.
10. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Die Anwesenheit von 290 stimmberechtigten Delegierten wurde festgestellt.

Beratung und Beschlußfassung über das Landtagswahlprogramm und die vorliegenden Anträge

Wolfgang Hahn-Cremer führte einleitend aus:

„Genossinnen und Genossen,

nach dem eindeutigen Vertrauensbeweis für unseren Spitzenkandidaten geht es nun darum, von ihm ausgehend unserer Partei auch eine klare inhaltliche Perspektive für den Wahlkampf zu geben. Dazu hat die Programmkommission des Landesvorstandes in fast 40 Stunden einen Vorschlag erarbeitet, den der Landesvorstand in zwei Sitzungen gründlich diskutiert und in vielen Punkten noch einmal inhaltlich gewichtet hat. Das Ergebnis dieser Beratungen liegt Euch heute zur Entscheidung vor.

Am Anfang unseres Wahlprogramms stehen drei zentrale Botschaften, die in den nachfolgenden Kapiteln des Wahlprogramms konkretisiert werden. Ich darf diese Botschaften, Genossinnen und Genossen, noch einmal kurz zitieren.

Sie lauten:

1. Wir in Nordrhein-Westfalen nutzen unsere wachsende Wirtschaftskraft für wirksamen Umweltschutz. Wir wollen unser Land schöner und gesünder machen. Bis 1995 soll unser Land die grünste Industrieregion der Welt sein. Mit unserer Erfahrung wollen wir Entwicklungen vorantreiben, die auch anderen Hilfen sind.
2. Wir in Nordrhein-Westfalen sind das soziale Gegengewicht zu unsozialen Entwicklungen, ob sie von Bonn oder von Brüssel ausgehen. Wir in Nordrhein-Westfalen sind weltoffen und tolerant.
3. Mit der Verteidigung klarer Verhältnisse verteidigen die nordrhein-westfälischen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten auch die guten Traditionen dieser Region. Damit aus Überzeugungen Politik wird. Deshalb gehören Nordrhein-Westfalen und die SPD zusammen.

Diese Botschaften, liebe Genossinnen und Genossen, haben wir in insgesamt 16 Kapiteln zu konkretisieren versucht. Grundlagen für dieses Wahlprogramm waren der beschlossene Leitartikel A 1 des Kölner Parteitages und die weiteren dort beschlossenen Anträge zu den inhaltlichen Vorstellungen der Partei zur zukünftigen Landespolitik.

Wir sind bei den Überlegungen zum Wahlprogramm von den Wahrnehmungen der Menschen, und nicht nur von unseren Grundsätzen ausgegangen.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen, und nicht allein hier, empfinden Kriminalität zunehmend als Gefahr. Unsere Botschaft sind Aussagen zur Bekämpfung dieser Kriminalität, basierend auf dem Grundsatz der Rechtsstaatlichkeit und der Bürgerrechte.

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen nehmen das gegliederte Schulsystem an. Deshalb findet Ihr im Wahlprogramm auch Aussagen zum Gymnasium, weil wir der Meinung sind, daß wir das Gymnasium nicht den Konservativen überlassen dürfen. Wir haben Reformen begonnen und wollen diese fortsetzen, ohne dabei die Gesamtschule aufs Spiel zu setzen. Das ist die Botschaft unseres Wahlprogramms.

Spitzenkandidat und Wahlprogramm sind das Pfund, mit dem wir in den nächsten 99 Tagen des Wahlkampfes „wuchern“ wollen. Dabei geht es um klare Aussagen getreu dem Zitat aus Jesaja: ‚Eure Rede sei ‚Ja, Ja‘ oder ‚Nein, Nein‘ und alles, was darüber ist, ist von Übel‘.

An diesen klaren Aussagen werden wir gemessen und wollen wir gemessen werden. Ich wünsche uns eine spannende Diskussion, denn die SPD in Nordrhein-Westfalen wählt nicht nur eindeutig, sondern sie ist auch eine Partei der Diskussion.

Danke.“

Im Anschluß wurde der Entwurf des Landtagswahlprogramms abschnittsweise aufgerufen und in der Fassung der Antragskommission unter Einbeziehung der Änderungsanträge behandelt. Er wurde im vorliegenden Wortlaut einstimmig bei zweifacher Enthaltungen beschlossen. (Das Vorwort von Johannes Rau war nicht Bestandteil der Beschlußfassung.)

Die weiter vorliegenden Anträge wurden wie folgt behandelt:

Antrag-Nr.	Antragsteller	Betreff	Beschluß des Landesparteitages
A 7	UB Unna	Moderne Kohlepolitik für Europa – Entschließung –	Annahme (einstimmig).
A 8	OV Köln-Urbach/ Grenge/Elstdorf	Transrapid	Erledigt durch Beschlußfassung auf dem 10. ordentlichen Landesparteitag am 18.11.1989 in Köln.
A 9	UB Dortmund	Wahlkampfkosten- erstattung für Kommunalwahlen	Überweisung an den Landesvorstand bei Streichung der Maßgabe der Übernahme in das Landtagswahlprogramm.
I 1	Initiativ-Antrag 1	Resolution zur Fusion Siemens/Nixdorf	Annahme in der Fassung der Antragskommission.

Wortlaut der beschlossenen Anträge

Moderne Kohlepolitik für Europa – Entschließung -

Wir wollen eine moderne Kohlepolitik für Europa. Damit wollen wir unseren Beitrag zur Begrenzung der großen Abhängigkeit von Energieimporten ebenso leisten wie zur Einschränkung der Belastungen von Menschen und Umwelt durch Gewinnung, Verarbeitung und Verwendung von Energie. Wir wollen unsere politische Verantwortung für die Sicherheit der Versorgung mit Energie und Strom und für den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen offensiv wahrnehmen. Eine moderne Kohlepolitik ist dafür eine wichtige Voraussetzung.

Die Europäische Gemeinschaft ist bereits heute in starkem Maße abhängig von Energieimporten aus anderen Regionen der Welt. Mehr als die Hälfte der benötigten Primärenergieträger werden eingeführt. Diese Abhängigkeit wird weiter zunehmen, weil die Erdöl- und Erdgasvorräte in der EG mit rascher Geschwindigkeit abnehmen und die Kohleförderung trotz ausreichender Vorräte weiter sinkt. Europa braucht aber eine jederzeit sichere und ausreichende Versorgung mit Energie und Strom, weil ansonsten die wirtschaftliche, technologische, soziale und kulturelle Weiterentwicklung empfindlich gestört würde. Die Abhängigkeit von importiertem Öl darf nicht durch Abhängigkeit von importierter Kohle ersetzt oder sogar erhöht werden. Der Weltmarkt für Kohle ist begrenzt und er bleibt das auch für noch lange Zeit. Zusätzliche Nachfrage aus Europa macht das Angebot knapper und teurer. Das vergrößert die Versorgungsrisiken für uns und andere. Die Kohleimporte aus Ländern außerhalb Europas müssen wieder gesenkt werden. Kohleimporte aus Südafrika sind in allen EG-Ländern zu verbieten.

Wir wollen Europa vor noch mehr Abhängigkeit von Energieimporten schützen. Dafür ist eine moderne Kohlepolitik unverzichtbar.

Zu einer modernen Kohlepolitik gehört die umweltverträgliche Gewinnung, Verarbeitung und Verwendung von Kohle.

Wir stimmen mit dem Gesamtkonzept der NRW-Landesregierung zur Nordwanderung des Steinkohlebergbaus an der Ruhr und ihrer Leitentscheidung zum zukünftigen Abbau der Braunkohle wichtige Beiträge für eine umweltverträgliche Gewinnung von Kohle, die gute Beispiele für den Kohleabbau in und außerhalb von Europa sein können.

Jede Tonne Kohle, die bei uns nicht mehr gefördert und zusätzlich auf dem Weltmarkt nachgefragt wird, muß woanders gefördert werden. Das bringt für Menschen und Umwelt in anderen Ländern unvergleichlich höhere Belastungen als für uns und unsere Umwelt durch den Kohleabbau in unserem Land. Wir wollen den Export von Umweltbelastungen in andere Länder durch eine moderne Kohlepolitik vermeiden.

Wir haben mit gesetzlichen Maßnahmen wie mit der freiwilligen Vereinbarung eines Emissionsminderungsplans zwischen der NRW-Landesregierung und der Elektrizitätswirtschaft einen erheblichen Beitrag zur Verminderung des Schadstoffausstoßes bei der Kohleverstromung geleistet. Die umweltverträgliche Verarbeitung heimischer Kohle hier bei uns ist ein gutes Beispiel für die Kohleverstromung in und außerhalb von Europa.

Wir werden mit neuen Kraftwerkstechniken den Wirkungsgrad eingesetzter Kohle weiter erhöhen und die Belastungen weiter vermindern. Wir werden deshalb Entwicklung, Planung und Bau einer neuen Kraftwerksgeneration vorantreiben. Die gleichzeitige Erzeugung von Elektrizität und Wärme verbessert den Grad der Energienutzung, erhöht die Wirtschaftlichkeit, schont die knappen Vorräte wertvoller Energierohstoffe und entlastet die Umwelt. Mit modernen Heizkraftwerken werden wir die leistungsfähigen Großkraftwerke überall dort ergänzen, wo es möglich und sinnvoll ist.

Wir wollen die Fern- und Nahwärmenetze weiter ausbauen. Das ist ein wichtiger Beitrag für eine umweltverträgliche Verwendung von Energie und ermöglicht gleichzeitig ein stärkeres Eindringen heimischer Kohle in den von Importenergie beherrschten Wärmemarkt. Dazu müssen zukunftsweisende Ausbauprogramme mit öffentlicher Hilfe langfristig wirkende Anstöße geben. Wir wollen dazu beitragen, daß diese Bundesaufgaben offensiv wahrgenommen wird.

Wir wollen an dem bewährten Verbund von heimischer Kohle und heimischem Stahl festhalten. Dazu gehört eine moderne Koksproduktion, die wir weiterentwickeln werden. Unsere eisenschaffende Industrie muß auch zukünftig jederzeit sicher und ausreichend mit Koks und Kokskohle versorgt werden, sonst verliert sie ihren Standortvorteil. Das gelingt nur, wenn unser heimischer Bergbau eine langfristig verlässliche Planung seiner Koks- und Kokskohleproduktion auf der Basis verlässlicher Kostendeckung behält. Deshalb muß das System von Hüttenverträgen und staatlicher Kokskohlebeihilfe erhalten bleiben. Dafür setzen wir uns hier und in Europa ein.

Wir beweisen, daß mit einer modernen Kohlepolitik die Energie- und Stromversorgung gesichert, der Energieeinsatz gesenkt und die Umweltbelastungen vermindert werden. Dadurch werden die volkswirtschaftlichen Kosten gesenkt und der volkswirtschaftliche Nutzen wird gemehrt. Eine moderne Kohlepolitik hilft Europa insgesamt, weil sie dazu beiträgt, neben den knapper werdenden heimischen Erdöl- und Erdgasvorräten in Europa auch die heimischen Kohlevorräte langfristig zu nutzen. Das stärkt Europa.

Wir wollen Europa mit unserer modernen Kohlepolitik unabhängiger machen. Wir wollen Europa stark machen, weil nur ein starkes Europa den Schwachen hier bei uns und den Schwachen in der Welt helfen kann.

Resolution zur Fusion Siemens/Nixdorf

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und der Betriebsrat von Nixdorf haben unsere volle Solidarität. Wir wenden uns gegen eine unkontrollierte Unternehmenssanierung auf Kosten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und erwarten von der Unternehmensleitung ein mit dem Betriebsrat abgestimmtes Konzept zur Konsolidierung des Standortes Paderborn. Mit Hilfe von Siemens müssen am Standort Paderborn alternative Beschäftigungsmöglichkeiten gefunden und das Ausbildungsplatzangebot erhalten werden. Paderborn muß Firmensitz bleiben.

Die Arbeitslosigkeit in Paderborn liegt über dem Landesdurchschnitt. Allein durch die von der Unternehmensleitung angekün-

digten 1.300 Entlassungen bei Nixdorf würde die Arbeitslosenquote nach Aussage des Arbeitsamtes von 9 % auf 10,4 % steigen. Dabei sind die Auswirkungen auf die Beschäftigten anderer Unternehmen noch nicht berücksichtigt. In der Region sind insgesamt 50.000 Arbeitsplätze von Nixdorf abhängig. 54 % der in Nordrhein-Westfalen im EDV-Bereich Beschäftigten arbeiten in Paderborn.

Paderborn muß High-Tech-Standort bleiben. Wir fordern die Stadt auf, in Zusammenarbeit mit Hochschule, Betriebsrat und der Unternehmensleitung Nixdorf/Siemens Strategien zu entwickeln, um den Erhalt und Ausbau Paderborns als Technologiezentrum und interessanten Unternehmensstandort zu sichern. Zur Standortunterstützung gehört auch, daß Fort- und Weiterbildungszentren in der Stadt konsequent gestützt werden.

Bundesregierung und Bundesforschungsminister sind besonders gefordert, über die Anbindung des Forschungsprojektes JESSI an die Universität/Gesamthochschule Paderborn als Informationszentrum zu stützen. Wichtige Forschungskapazitäten werden so bewahrt und neue gewonnen.

Wir fordern die Landesregierung auf, auch weiterhin mit ihrer regionalen Strukturförderung die Interessen des ostwestfälischen Oberzentrums besonders zu berücksichtigen, damit der High-Tech-Standort Paderborn an Attraktivität gewinnt.

Die IC-Verbindung Dortmund-Paderborn-Kassel muß möglichst schnell realisiert werden und die verkehrstechnische Verbindung zwischen den Oberzentren Paderborn und Bielefeld muß erheblich verbessert werden.

Wortlaut des überwiesenen Antrages

Wahlkampfkostenerstattung für Kommunalwahlen

Im Landtag von Nordrhein-Westfalen wird durch die Landtagsfraktion ein Gesetzesentwurf eingebracht, der eine Wahlkampfkostenerstattung für Kommunalwahlen sicherstellt.